

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gust. Ad. Schleg, Postfach 17, Sr. Gerberstr. u. Breitestr. Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Hermann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur: F. B.: A. Schiedt in Posen.

Redaktions-Sprechstunde von 9-11 Uhr Vorm.

Posener Zeitung Hundertunddritter Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen R. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Paubé & Co., Invalidendank. Verantwortlich für den Inseratenteil: W. Braun in Posen. Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

Nr. 358

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M., für die Stadt Posen, für ganz Preussischland 5.45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Sonnabend, 23. Mai.

Inserate, die schlagspaltige Zeitschrift oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an Sonntags- und Feiertagen 10 Pf., werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 9 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

1896

Erscheinen der Zeitung.

Am ersten und zweiten Pfingstfeiertage erscheint keine Zeitung. Unsere letzte Hauptnummer vor dem Feste wird heute Abend 8 1/2 Uhr ausgegeben und ist sowohl in der Expedition wie in den bekannten Ausgabestellen in Empfang zu nehmen. Inserate für diese Nummer können nur bis Nachmittags 2 Uhr angenommen werden.

Die heutige Abend-Ausgabe fällt aus.

Der Aufstand auf Cuba.

Ueber den Aufstand auf Cuba gelangen fast sämtliche Nachrichten naturgemäß über Madrid zu uns, was ihre Zuverlässigkeit gerade nicht über jeden Zweifel erhaben erscheinen läßt; im Gegentheil ist um so größere Vorsicht geboten, je mehr die Meldungen sich auf offiziöse Quellen berufen. Ueber den eigentlichen Stand der Kriegsoperationen auf der unglücklichen Insel ist es schwer, sich ein Bild zu machen, und zwar selbst dann, wenn man die offiziellen „Siegesdepeschen“ durch die Privatnachrichten kontrolliert. Auf jeden Fall steht das fest, daß auch die freimütigsten spanischen Blätter es nicht wagen, ihren Lesern reinen Wein einzuschütten. Mögen sie auch ab und zu eine nicht gefärbte Schilderung vom Kriegsschauplatz bringen, die Schlussfolgerung aus ihren Nachrichten wagen sie nicht zu ziehen, sondern schließen lieber ihre Artikel mit den bald zu den „gestügeltsten“ zählenden Worten des Ministerpräsidenten Canovas del Castillo: „Der Aufstand muß niedergeworfen werden, es koste was es wolle.“

Eine telegraphische Meldung des Madrider „Imparcial“, welche Anspruch auf eine gewisse Objektivität machen kann, schildert den augenblicklichen Stand der Dinge folgendermaßen:

Der Mulattenführer Maceo befindet sich an der Spitze von etwa 10000 Mann in der Provinz Pinar del Rio, der äußersten Westspitze der Insel und ist dabei in Folge der von Mariel bis Patabano durch den General Weyler aufgestellten Linie, die von 12000 Mann regulärer Truppen gebildet wird, eingeschlossen. Dieser ist es dem in den östlichen Provinzen (an der Spitze von nahezu 30000 Mann) operierenden Oberanführer Maximiliano Gomez, trotz wiederholter Versuche noch nicht gelungen, die genannte Linie zu durchbrechen und seinem Kollegen Maceo zu Hilfe zu kommen. General Weyler, der jetzt über 130000 Mann verfügt, mußte sein Heer, um Angriffe der Insurgenten auf Städte und Ortschaften zu verhindern, vielfach zerstückeln und besitzt kein Operations-Truppenkorps, das zahlreich genug wäre, um mit Erfolg Maceo und seine Schaaren zu vernichten. Der Oberfeldherr gedachte deshalb, die Linie Mariel-Patabano durch cubanische Freiwillige besetzen zu lassen und die 12000 Mann, die bisher die betreffende Besatzung bildete, zum Ansturm gegen Maceo zu verwenden. Nun aber hat Weyler von diesem Vorhaben absehen müssen, da die Freiwilligen sich geweigert haben, Havana zu verlassen. Weyler hält deshalb die Sendung einer neuen Verstärkung in der Höhe von 20000 Mann für unerlässlich. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß die Linie Mariel-Patabano eine stärkere Besatzung erfordert, da der Feind leicht 20000 Mann zusammenziehen und dieselben durchbrechen könnte.

Aus diesem Telegramm geht zum Mindesten deutlich hervor, daß General Weyler sich in einer schwierigen Position befindet, daß er fortwährend noch zwei Seiten Front zu machen gezwungen ist, und daß sein einziger „Erfolg“, so weit von einem solchen überhaupt die Rede sein kann, darin besteht, die Vereinigung der beiden Insurgentenführer Maximiliano Gomez und des unzähligen Male todtgesagten Maceo bis jetzt verhindert zu haben. Wie lange er aber noch den trennenden Keil bilden kann, das wird im stillen Kämmerlein selbst Herr Canovas nicht voraussagen können, wenn er auch die Wichtigkeit der erwähnten Meldung des „Imparcial“ heftig bestritten und insbesondere es für unrichtig erklärt, General Weyler habe um 20000 Mann Verstärkung gebeten. Was er aber nicht bestritten, das ist, daß Spanien nach beendeter Regenzeit nicht 20000, sondern 40000 Mann neuer Truppen einschiffen will. Im Grunde handelt es sich also bloß um eine differenzierende Auffassung darüber, wann die Verstärkungen abgehen sollen; dieser Punkt ist aber gerade jetzt um so unwesentlicher, da in der bevorstehenden Regenperiode die Operationen in der Hauptsache doch nothgedrungen ruhen.

Noch viel ungünstiger stehen aber die Sachen für Spanien, wenn man den letzten Nachrichten aus englischer Quelle Glauben beimesen will, wonach Maximiliano Gomez nur noch das bevorstehende Eintreffen einer Verstärkung abwartet, um von Santa Clara aus zum Angriff überzugehen, und dadurch Maceo für seinen Durchbruch Luft zu schaffen. Wenn man sich hierzu

noch vorstellt, daß die verwüstete Insel kaum mehr im Stande ist, ihre eigenen Bewohner zu nähren, und daß an Steuererheben, nachdem darin das Mögliche geleistet worden ist, nicht mehr gedacht werden kann, ist die Situation für das selbst halb ruinierte Spanien so unglücklich, wie möglich. Von Seiten der Aufständischen ist gerade dieser wunde Punkt auch mit grausamer Rücksichtslosigkeit benutzt worden. Die augenblicklich nicht benutzten Streitkräfte der Aufständischen sind über das Land zerstreut und hauptsächlich beschäftigt, Gehorsam für die Verordnung zu erzwingen, daß ohne besondere Genehmigung der Vertreter der Aufständischen kein Zucker hergestellt oder sonstige Erzeugnisse an den Markt gebracht werden dürfen. Wo diese Verordnung umgangen wird, erfolgt die Zerstörung der Zuckerplantagen durch Feuer und die Vernichtung der werthvollen Maschinen für die Fabrikation durch Dynamit. Bisher hat man letztere Maßregel in einigen 50 Fällen ausgeführt.

Eine thatsächliche Einmischung der Vereinigten Staaten in den Feldzug ist zwar kaum zu fürchten, dem die spanischen Minister bemühen sich kluger Weise, die Wuth ihrer Landesleute von Unbesonnenheiten zurückzuhalten, und Amerika findet nach Beilegung der Competitor-Affaire kaum einen Anlaß zum Einschreiten — auch die jüngst gemeldeten Steuerzwistigkeiten infolge der Maßnahmen des Generals Weyler dürften nicht dazu führen —, wenn es nicht frank und frei den wahren Grund seiner Unterstützung des Aufstandes, seinen Wunsch nach dem Besitz der Insel, enthüllen will; und davor werden sich die leitenden Männer wahrscheinlich hüten. Dagegen fährt es aber ruhig fort, die Gegner Spaniens mit Geld, Munition und sonstigem Kriegsbedarf zu unterstützen; erst gestern meldete der Telegraph wieder das Auslaufen eines Flibustierschiffes aus dem Newyorker Hafen.

Sollte es aber trotzdem und alledem Spanien im Laufe des nächsten Jahres oder zu einem späteren Termin gelingen, den Aufstand zu unterdrücken und Ruhe und Frieden wieder auf der Insel herzustellen, es würde doch in absehbarer Zeit keinen Vortheil für sich daraus ziehen können. Abgesehen davon, daß es seine so wie so zerrüttete Finanzlage hat noch mehr verschlechtern müssen, ist auch zu bedenken, daß der Wohlstand Cubas, der durch die langjährigen spanischen Bedrückungen schon vor dem Ausstande arg gelitten hatte, total ruiniert ist, und daß Jahre vergehen werden, bis von neuem die Steuer-schraube auf der Insel angezogen werden kann. Zur Neukultur der Zuckerrohr- und Tabakplantagen gehört außerdem Geld, viel Geld, und Spanien hat selbst nichts. Dazu muß auch der verloren gegangene Markt erst wieder erobert werden. So viel steht jedenfalls fest: Für Spanien ist durch den Aufstand auf Cuba eine Krise angebrochen, die es zwingt, wie die Sache auch auslaufen wird, in seiner zurückgebliebenen Entwicklung noch lange Jahre zu verharren. Ein Sieg auf Cuba ist ein Pyrrhus'ster Sieg für Spanien, eine Niederlage werden sich die Regierungsgenossen in Spanien selbst nicht entgehen lassen, und dann wird der Bürgerkrieg sich auf dem Festlande fortsetzen.

Deutschland.

* Posen, 22. Mai. Fast die gesamte Presse hat aus dem Ergebnis der Gerichtsverhandlung in Sachen der Auflösung der sozialdemokratischen Parteiliste und der übrigen Berliner „Bereine“ dieser Partei wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz, d. h. wegen Inverbinduntreten politischer Vereine den Schluss gezogen, daß dieses veraltete und mit den Lebensbedingungen der politischen Partei unvereinbare Verbot baldmöglichst aufgehoben werden müsse. Die „Samb. Nachr.“ bezeichnen diese Auffassung als „liberalen Doktrinismus“. Sie schreiben: „Anstatt jedes Mittel, das die Landesgesetzgebung bietet, gegen die Revolutionspartei zu erhalten und in Anwendung zu bringen, will man es abschaffen oder wenigstens ändern, weil es den Anforderungen des modernen politischen Lebens nicht mehr genüge. Unseres Wissens haben bisher andere als sozialdemokratische Vereine unter den „veralteten“ Bestimmungen nicht zu leiden gehabt und es besteht auch kaum die Wahrscheinlichkeit, daß es je geschehen würde.“ Nach den Erklärungen des Staatsanwalts im Prozeß Auer u. Gen. dürfte diese Lücke sehr bald ausgefüllt werden. Die „Samb. Nachr.“ fahren dann fort: „Bei diesem faktischen Zustande könnte man sich um so mehr beruhigen, als es sich z. B. im Königlich-Sächsischen Reich genügt hat, welche günstigen Ergebnisse auf dem Wege der Landesgesetzgebung gegen die Sozialdemokratie zu erreichen sind, so lange das Reich verlag.“ Leider erzählt man nicht, welches die „günstigen Ergebnisse“ der sächsischen Gesetzgebung gegen die Sozialdemokratie denn eigentlich sind. Wenigstens ist uns von einem Rückgang der sozialdemokratischen Bewegung in Sachsen bisher nichts bekannt geworden. Was das preussische Vereinsgesetz betrifft, so liegt zwar der Beweis vor, daß die Bestimmungen, welche politischen Vereinen verbietet, mit einander in Verbindung zu treten, die Handhabe zu politischen Chikanen giebt, aber daß diese Bestimmungen, selbst in der unter Herrn v. Köller bestellten Auslegung der „Revolutionspartei“ irgend welchen Schaden nicht zufügt, hat gerade der neueste Prozeß bewiesen. An die Stelle des geschlossenen „Vereins“, genannt Parteivorstand, ist die sozialdemokratische Reichstagsfraktion getreten, in der die Leiter der Partei die Vor-

stands-geschäfte genau so erledigen, wie vorher die achtstellige Parteiliste. Für die Sozialdemokratie ist aber nichts förderlicher als Maßregeln, die eben so den Wunsch, wie die Ohnmacht, ihr zu schaden, erkennen lassen.

Berlin, 21. Mai. Ein Baron Burckhardt hat bekanntlich in einer Versammlung der Christlichsozialen in Barmen mitgeteilt, daß die Partei zur Zeit der Begründung des „Vorwärts“ von der Regierung materiell unterstützt worden sei, der Regierungspräsident habe damals erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt. In dieser Fassung ist die Mitteilung jedoch geeignet, Irrthümer aufkommen zu lassen. Der „Vorwärts“ besteht erst seit dem Aufhören des Sozialistengesetzes, und seine Vorgänger, das „Vollstätt“, ist älter als die Wirthschaft der Sächsischen Agitation. In der That stellt sich jetzt heraus, daß die bezügliche Angabe auf einer Verwechslung beruht. Es handelt sich um den anti-sozialdemokratischen „Vorwärts“, der eine Zeit lang in den Rheinlanden sein Leben fristete, und der nicht ausschließlich christlich-sozial, sondern eben nur antisozialistisch geartet war. Nach dem „Vollst.“ hatte zur Gründung des genannten Blattes allerdings ein sehr reichlicher hoher Regierungsbeamter Gelder hergegeben, aber aus seinen Privatmitteln. Wie es sich indessen hiermit auch verhalten mag, so ist lothvoll jedenfalls richtig, daß die christlich-soziale Partei längere Zeit hindurch die Unterstützung, zum mindesten die moralische Unterstützung der Regierung und mehr noch gewisser Kreise genossen hat.

Zu der Erklärung des Reichskanzlers über die Aussichten der Militärstrafprozeßordnung in der Sitzung vom 18. d. Mis. wird der „Frankf. Ztg.“ von hier geschrieben: In „gut unterrichteten politischen Kreisen glaubt man, daß der Fürst zu Hohenlohe seine gestrige Erklärung nicht ohne eine, vielleicht erst kurz vorher eingelaufene Ermächtigung abgegeben hat, durch welche das Hinderniß, das bisher dem Entwurf der Militärstrafprozeßreform noch entgegenstand, für beseitigt gelten darf.“ Da kann man, so schreibt die „Liberale Korrespondenz“ mit Recht, auch nur sagen: „Die Botschaft hört sich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Es mag ja sein, daß der Reichskanzler die Erklärung vom 18. d. „nicht ohne Ermächtigung“ im Reichstage abgegeben hat. Aber wenn wirklich das Hinderniß, das bisher noch der Vorlegung des im Staatsministerium beschlossenen Entwurfes entgegenstand, beseitigt wäre, so hätte Fürst zu Hohenlohe ohne Umschweife erklären können, die Vorlage werde demnächst dem Bundesrath zugehen; vor Allem aber hätte der Kriegsminister keinen Grund gehabt, sich über diese Frage, die der Abg. Vieber an ihn, nicht an den Reichskanzler, gerichtet hatte, ganz und gar auszusprechen.

Der Erlass des Staatsministeriums, welcher den Beamten die Unterzeichnung der Petitionen gegen Regierungsvorlagen unter Androhung unachtsamster Abhandlung verbietet, wird, der „Dtsch. Tagesztg.“ zufolge, zum Gegenstand einer Interpellation (im Abgeordnetenhaus) gemacht werden.

Die Polizeibehörde in Hildesheim hat die vorigen Gewerkschaftsvereine für politische Vereine erklärt, weil nach dem Statut die Vereine zur Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen dienen und dementsprechend die Teilnahme von Frauen, Lehrlingen und Schülern an den Verhandlungen und Sitzungen der Vereine verboten. Die weitere Folge würde die sein, daß sämtliche Gewerkschaften, die statutarisch die Verbindung mit den anderen deutschen Gewerkschaften zur gegenseitigen Förderung und Unterstützung bezwecken, auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes geschlossen werden.

Nach dem Schelten des Handelskammergesetzes hat die Handelskammer in Dortmund ein gemeinsames Vorgehen der Handelskammer behufs Erlangung der Rechte einer juristischen Person für die Handelskammern angeregt. Die Handelskammer zu Barmen hat bereits am 2. Mai in einer Eingabe an den Handelsminister und das Haus der Abgeordneten diesem Gedanken Ausdruck gegeben.

In der badischen Kammer brachte die aus den Nationalliberalen, dem Centrum und den Konservativen bestehende Mehrheit letzten Monats einen Antrag der demokratischen Fraktion zu Fall, dessen Verhandlung interessante und charakteristische Momente zu Tage förderte. Der § 38 des badischen Elementarschulgesetzes bestimmt, daß Lehrer auf Antrag der Kirchenbehörde durch den Oberschulrath gezwungen werden können, den Vorsänger- und Organistendienst in der Kirche zu versehen. Die Höhe des Honorars und die etwaigen übrigen Bedingungen legt der Oberschulrath fest. Der Lehrer ist dabei nur zu „hören“; irgend ein maßgebender Einfluss auf die Bestimmung des Verhältnisses, in das er hinein gezwungen werden kann, steht ihm nicht zu. Er muß ferner in diesem Verhältnisse, so lange es Oberschulrath und Kirchenbehörde verlangen, während ihm jederzeit gekündigt werden kann. Einen Anspruch ferner darauf, daß ihm der Organisten- und Vorsängerdienst übertragen werde, hat er nicht. Es ist nun gewiß ganz begründet und berechtigt, daß weite Kreise des badischen Volkstheaters ein solches Zwangsverhältnis als ein unwürdiges und unberechtigtes betrachten. Die demokratische Landtagsfraktion brachte daher einen Antrag an die Kammer, der die Aenderung des erwähnten § 38 dahin begehrt, daß an Stelle des Zwangsverhältnisses ein freies Vertragsverhältnis zu treten habe. Dieser Antrag wurde im Wesentlichen damit begründet, daß der Organisten- und Vorsängerdienst nicht zu den beruflichen Funktionen des Lehrers gehöre, daß letzterer als solcher in keiner Weise zu irgend welchen kirchlichen Dienstleistungen verpflichtet sei, die Uebernahme von solchen deshalb nur auf Grund der eigenen freien Entschliessung des Lehrers, also auf Grund eines zwischen diesem und der jeweiligen Kirchenbehörde abzu-

Polnisches.

Posen, den 22. Mai.

Das neue Zuckerzuckerergesetz wird, so befürchtet der Inowrazlauer Korrespondent des „Dziennik“, den Zucker...

Die Agrarkommission des polnischen landwirtschaftlichen Centralvereins hat in ihrer letzten Sitzung folgende Beschlüsse gefasst. 1. Betreffend die Testamenten...

leider das Recht haben, hat das aus jenseitigen Baargeldes andere Werthe oder statt aus geliehener Werthe Baargeld zu fordern...

Zwecks Erbittens baldiger Genesung des erkrankten Chefredakteurs des „Dziennik“ werden dieser Tage in verschiedenen diefigen Gotteshäusern Messen abgehalten.

Aus der Provinz.

F. Ostrowo, 22. Mai. [Kreistagsvorlagen.] Der auf den 12. Juni cr. einberufene Kreistag des Kreises Ostrowo wird sich hauptsächlich mit Chausseebau-Vorlagen beschäftigen...

schwerkräftigem Gutachten würde sich eine bei dem Gute Pawlow von der Gorzno-Rotomlecker Chaussee abweigende, über Droszew-Zubory-Karow nach dem Hauptort Salmierzycze geführte Chaussee...

Ostrowo, 21. Mai. [Staatliche Fortbildungsschule.] Am vergangenen Montag war hier Baugewerkschul-Direktor Spejler aus Posen zur Revision des Zeichenunterrichts anwesend.

Samter, 21. Mai. [Pferde- und Rindviehhandel.] Heute Vormittag fand hier auf dem neuankömlichen Plage eine Pferde- und Rindviehauktion für den Kreis Samter statt.

Schwerin a. W., 21. Mai. [Das Wasser der Barthe.] Die am Fluße ober- und unterhalb Schwerins gelegenen Wiesen...

Unin, 21. Mai. [Kreistagsdeputierter.] Versuhter Selbstmord. Lehrerverein. Schweinefleisch. Die Stadtverordneten haben in ihrer Versammlung an Stelle des verstorbenen Kaufmanns Franz Stuchinski den Apothekenbesitzer Legal zum Kreistagsdeputierten unserer Stadt gewählt.

Schweinitz, 20. Mai. [Lehrerkonferenz.] Mission. Am vergangenen Montag fand hier selbst unter dem Vorsitz des Volksschullehrers Pastor Radke von hier die erste diesjährige Bezirkslehrerkonferenz der Barockien Preussisch-Schweinitz und Waike statt.

Der Weltuntergang.

Roman von Rudolph Falb und Charles Blunt.

88. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.] Mein Klowitzens ansichtig werden und seine Aufregung bemerken, das war eins. Denn, nein, der, der sollte nichts von der außerordentlichen Sache erfahren, die ihm, Duchamel, fürzlich auf den Lippen brannte.

„Ah!“ Und die Hörer rühten sich wieder zurecht, und es ging jene eigenthümliche Unruhe durch die Versammlung — denn eine solche und zwar eine recht stattliche war es geworden — jene eigenthümliche Unruhe, die sich stets bemerkbar macht, wenn man etwas ganz Besonderes erwartet.

und wieder überflog jenes seltsame, halb freundlich gutmüthige, halb überlegene Lächeln, das wir an ihm kennen, sehr Gesicht. „Bei der so unendlich viel geringeren Schwerkraft, die unser Planet im Vergleiche zu der Schwerkraft der Erde ausüben wird,“ erklärte er, „bei dem so unendlich geringeren Druck unserer Atmosphäre auf uns, wird unsere Kraft natürlich in ganz demselben Maße wachsen, als diese Schwerkraft und dieser Druck geringer sind, als der, den wir jetzt auszuhalten haben.“

